

OPEN SITUATION ROOM

Außenpolitik weiter denken

WELCHES
EUROPA
WOLLEN
WIR?

Ideenpapier

BERLIN

2. MÄRZ 2017



QUO VADIS, EUROPA?

Einen Tag, nachdem Jean-Claude Juncker sein Weißbuch für die Zukunft Europas in Brüssel vorstellte, kamen in Berlin 30 Menschen aus ganz Deutschland zur Abschlussveranstaltung unserer Europa Spezial-Reihe zusammen, um eigene innovative Antworten auf die Frage zu finden „Welches Europa wollen wir?“

Alle Teilnehmenden hatten bereits bei einem früheren OSR Europa Spezial in Köln, Hamburg, Leipzig oder Dresden mitgewirkt und waren dort mit ihrer Gruppenidee ausgewählt worden, ihr Projekt bei der Abschlussveranstaltung am 2. März 2017 im ProjektZentrum Berlin der Stiftung Mercator weiterzudenken.

Das vorliegende Ideenpapier bietet einen Einblick in die Vorschläge, die während der Abschlussveranstaltung neu erarbeitet oder weiterentwickelt wurden und kann damit selbst als kreatives Weißbuch für eine Zukunft Europas wirken.

Wir bedanken uns bei allen Mitwirkenden der Open Situation Room Europa Spezial-Reihe und vor allem bei den Rapporteurs, die die Ideen ihrer Gruppen für diesen Bericht zusammengefasst haben.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

BERLIN

Köln

Hamburg

Leipzig

Dresden

PROJEKT „MY EU POCKETGUIDE“

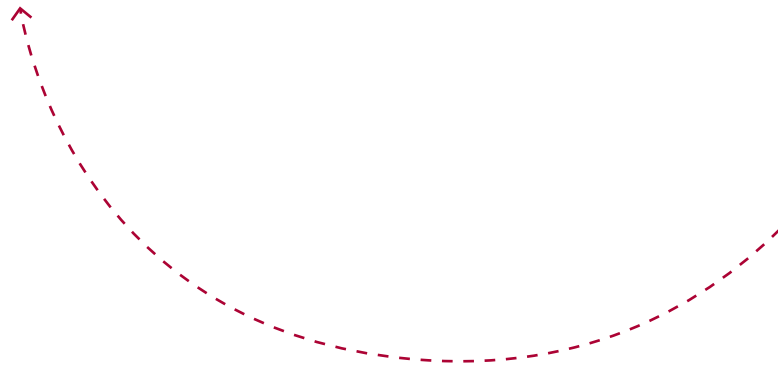
My EU Pocketguide – so heißt das spannende Projekt für ein bürgernäheres Europa.

My EU Pocketguide ist eine personalisierte App, auf der ich alles rund um Europa erfahre, ganz auf mich und meine persönlichen Interessen zugeschnitten. Die App soll zum zentralen Anlauf- und Informationspunkt für Informationen, Veranstaltungen & Projekte rund um Europa im Netz werden. Der Net-Check hat gezeigt: Ein solcher europäischer Informationsknotenpunkt, der atmet, sich entwickelt und über Algorithmen immer besser auf den einzelnen Nutzer zugeschnitten werden kann, existiert bisher nicht.

Die App startet mit reinen Veranstaltungs- und Projekt-Hinweisen, die geeignet sind, die europäische Idee in besonderem Maße zu unterstützen. So finden sich hier Termine für die europaweiten „Märsche für Europa“, für Konzerte, Vorträge, Kongresse oder Austausch-Programme. In weiteren Stufen werden nützliche Hinweise zugeschaltet, wie etwa europäische Fahrradrouten, Sprach-Hinweise und wichtige aktuelle Daten zu den Mitglieds-

ländern der EU. In einer dritten Stufe kommen weitere politische Informationen hinzu, in einer vierten wird die App in diversen Sprachen „ausgerollt“.

Technisch kann die App auf existierende Plattform-Modelle zurückgreifen, die Finanzierung erfolgt über Sponsoren und Online-Anzeigen. Das finale Ziel: Europa tagtäglich begreifbar und damit den Sinn der europäischen Idee individuell erlebbar zu machen.



CLUSTER-UNION

Mit der Schaffung der Europäische Union haben die einzelnen Nationalstaaten Europas wohl die wegweisendste Entscheidung für Frieden und zwischenstaatliche Zusammenarbeit getroffen, die im 20. Jahrhundert denkbar gewesen wäre.

Der Gedanke der Europäischen Union ist gerade in Zeiten von zunehmendem Populismus in der Politik und komplexeren Herausforderungen im internationalen Sicherheitsumfeld aktueller denn je. Nichtsdestotrotz, weist die EU auch einige Probleme auf, die sich an Symptomen wie dem Brexit zeigen. Wenn ein laufendes System, ein politischer Organismus, schwächelt, so muss man die Ursachen ermitteln und beheben, denn jeder Stillstand wäre gleichzeitig ein Rückschritt. Das Modell der sogenannten „Cluster-Union“ soll eine Diskussionsgrundlage sein, um einen Gegenvorschlag zum aktuellen Modell der EU aufzuzeigen. Die Idee ist bei weitem nicht zu Ende gedacht und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll vielmehr ein Anstoß sein, in der aktuellen Debatte stärker über das institutionelle Geflecht der EU zu sprechen und nicht lediglich über die Politik der EU Institutionen. So sieht das Modell zum Beispiel eine stärkere Einbindung der Nationalstaaten auf EU-Ebene vor, anstatt einer verstärkten Abgabe von Souveränitätsrechten an die EU, die vom Bürger häufig zu weit entfernt ist.

Die Funktion der Cluster-Union

Die gedankliche Grundlage des Systems bildet das gemeinsame Verständnis von Werten und Normen, wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtstaatlichkeit, die Wahrung der Menschenrechte, Minderheitenschutz, Pluralismus etc., sowie der Leitspruch „united in diversity“. Die EU besteht aus unzähligen Kulturen und Bevölkerungsgruppen und so kann man einen Menschen aus Katalonien schlecht mit einem aus Schottland, Bayern oder Finnland vergleichen. Diese kulturelle Vielfalt soll weiterhin Bestand haben und durch die EU gefördert werden.

Der Gesetzgebungsprozess würde wie folgt funktionieren: Vertreter der Mitgliedsstaaten finden sich in sogenannten Clustern zusammen, die als themenspezifische Arbeitsgruppen fungieren. Dort werden aktuelle Fragestellungen, Probleme und Bürgerbegehren zu dem Thema des Clusters bearbeitet und Gesetzesinitiativen und -vorschläge erarbeitet. Zu jedem Themengebiet der EU gibt es





dann eine solche Arbeitsgruppe, wie z. B. zur Wirtschaft, Sicherheit und Verteidigung oder zur Umwelt. Die Teilnahme der Mitgliedsstaaten in einem solchen Cluster ist freiwillig und zeitlich flexibel, so dass jeder Staat (salopp gesagt) das tut, was ihn am meisten interessiert und was er am besten kann. Bei dem Arbeitsprozess sollen alle Cluster-Staaten auf Augenhöhe diskutieren können. Die Cluster-Outputs, also Gesetzesinitiativen, laufen zur Abstimmung in der „Unionsversammlung“ zusammen. Sie selbst setzt sich aus Abgeordneten nationaler Parlamente zusammen und ist nach dem Bevölkerungsanteil der Mitgliedsstaaten prozentual besetzt. Die Anteile der Mitgliedsstaaten schlüsseln sich noch einmal in die Prozentverteilungen der nationalen Parlamente auf. Über Gesetzesinitiativen wird mit einer $\frac{2}{3}$ -Mehrheit abgestimmt. Erreicht ein Gesetz diese $\frac{2}{3}$ -Mehrheit, wird es auf der gesamten EU-Ebene verpflichtend und sanktionierbar eingeführt. Erreicht es die $\frac{2}{3}$ -Mehrheit nicht, so ist es auf der gesamteuropäischen Ebene gescheitert, kann aber von den Staaten auf freiwilliger Basis bi-

oder multilateral umgesetzt werden. Die Kontrollorgane, wie der EuGH, sollen beibehalten werden. Möglich wäre überdies auch ein Aufsichtsorgan aus den Staats- und Regierungschefs, das eine Richtlinienfunktion innehat, die Union im außenpolitischen Umfeld repräsentiert und ähnlich einem Aufsichtsrat in der freien Wirtschaft das tagespolitische Geschäft der Union kommentiert.

Natürlich kann nicht einfach auf einen roten Knopf gedrückt und das gesamte gewachsene System der EU von heute auf morgen ändert werden – das wäre utopisch. Trotzdem braucht es Konzepte, die ohne Denkschranken in die Weite gedacht worden sind und Probleme im aktuellen System aufzeigen. So lassen sich auch aus utopischen Gedankenmodellen möglicherweise Strategien ableiten, die Probleme richtungsweisend lösen können. Denn: Nicht die Institutionen sind das Ziel, sie dienen nur der Umsetzung. Das ist der europäische Gedanke in all seinen Facetten.

INTERAKTIVE EUROPA-TAGE

Ziel: Diversität erfahrbar machen

Motto: Mit Begeisterung in Vielfalt geeint!

Wie kann man Begeisterung für Europa wecken? Wie können wir uns als Europäer und Europäerinnen auf unsere gemeinsamen Werte besinnen? Die Antwort auf diese Fragen könnte lauten: Durch Vernetzung und Bildung. Mit dem Projekt „Interaktive Europa-Tage“ soll die Jugend Europas angesprochen werden, d. h. die Gesellschaftsgruppe, die die Folgen des zukünftigen Europa-Kurses besonders spüren wird. Ziel ist es, von Anfang an ein positives Europa-Bild zu vermitteln und Diversität erfahrbar zu machen.

Die „Interaktiven Europa-Tage“ sollen in der 9.–10. Klasse deutschlandweit in Schulen als Pilotprojekte angeboten werden. Sobald das Programm in Deutschland erfolgreich angenommen wird, kann es auf andere europäische Staaten ausgeweitet werden.

Im Rahmen der Europa-Tage kommen geschulte Teams für 1–2 Tage an die Schulen und bringen den Schülern die Idee Europas näher. Das jeweilige Team besteht aus Erasmus-Studenten und Experten aus dem Auswärtigen Amt, aus EU-Institutionen und anderen

europäer Instituten und Organisationen. Die Teams werden in der neu gegründeten Europa-Akademie ausgebildet und dann in die verschiedenen Regionen versandt. Die Auswahl der Erasmus-Studenten erfolgt durch ein Bewerbungsverfahren. Im Austausch mit den Schülern berichten sie von den Erfahrungen, die sie im Gastland gesammelt haben und begeistern die Jugendlichen so für die europäische Idee. Zunächst wird eine Vortragsreihe veranstaltet, die Informationen zu den verschiedenen Staaten Europas bietet. Die Erasmus-Alumni teilen ihre persönlichen Eindrücke und stellen auch das Erasmus-Programm vor. Auch Vorurteile gegenüber anderen europäischen Staaten sollen angesprochen und im offenen Dialog abgebaut werden. Darauf folgt ein Open Situation Room für Schüler, in dem beispielsweise die Frage gestellt wird: „Welches Europa wollen wir?“, mit anschließender Podiumsdiskussion. Am Ende der „Interaktiven Europa-Tage“ bekommen die Schüler ein „Handbuch für Europa“ von der Akademie bereitgestellt, mit dem sie sich über Austausch- und Förderungsmöglichkeiten informieren können.





Fazit

Alle Jugendlichen deutschlandweit werden direkt angesprochen, und nicht nur diejenigen, die bereits besonders interessiert sind. Im Rahmen des Projekts können Sie sich über ihre Möglichkeiten im europäischen Ausland während und nach der Schule informieren. Durch die unterschiedlichen Erfahrungswerte und durch das neue Wissen wird die europäische Identität gestärkt. Die interaktive Herangehensweise an europäische Themen gibt den Jugendlichen die Chance, Europa neu für sich zu entdecken.

REGENIAL

Europäisierung durch Regionalisierung

Schritt 1

Der Vorschlag von Regenial ist es, die grenzüberschreitende Arbeit in den jeweiligen Grenzregionen zu verstärken. Da an die BRD insgesamt neun EU-Mitgliedstaaten grenzen, soll Deutschland hierbei als eine Art „Brückenbauer“ fungieren.

Für die Zusammenstellung der regionalen Gruppen, sollte ein gerechtes System geschaffen werden. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr, dass nur wirtschaftlich starke Regionen miteinander kooperieren, die Schwachen auf der Strecke bleiben und es so zur Entsolidarisierung kommt. Hauptsächlich geht es bei Regenial jedoch um die Entwicklung von Themenclustern. Durch diese soll ein öffentlicher Raum für Diskurse innerhalb des „Intermediären Systems“ geschaffen werden. Die Themen können unterschiedliche Bereiche umfassen, wie z. B. Umwelt (Atomenergie, Abfallmanagement, Wassermanagement), Tourismus (gemeinsame Touren, Infrastruktur) oder auch kooperative Bildungsprogramme (Etablierung neuer Studiengänge an Hochschulen) sowie Kooperationen im Agrarsektor.

Dadurch wandelt sich die Akteurskonstellation: Es sollen nicht mehr nur Bund und Länder als Akteure auftreten, sondern auch Privatper-

sonen, NGOs, Akteure aus Wirtschaft, Unternehmen, Vereine, Verbände, Hochschulen usw., denen eine bedeutende Rolle zugeschrieben wird.

Die Ziele der grenzüberschreitenden Arbeit sollen im Dreiklang organisiert sein.

1. Problemdefinition (Welches gemeinsame Defizit besteht und betrifft die Beteiligten)
2. Kooperative Entwicklung von Lösungsvorschlägen unter potentieller Beteiligung aller Akteure
3. Gemeinsame Entscheidungsfindung (z. B. grenzüberschreitende Bürgerentscheide)

Regenial steht auch für die Einführung direktdemokratischer Elemente und gibt den Regionen die Möglichkeit der Mitgestaltung ihres Umfelds durch das Setting eines starken Machtinstruments. Zwar besteht bereits die Möglichkeit einer europäischen Bürgerinitiative. Dieses Instrument bedarf jedoch einer regionalen/themen-spezifischen Anpassung und Reformation. Durch Regenial würde Deutschlands Rolle in Europa zukünftig dezentral durch eine Rückbesinnung auf seine Regionen und Länder definiert, wodurch Kooperationen auf der Bottom-Up-Ebene ermöglicht werden.



Ein weiteres Ziel ist die Einführung eines europaweiten Feiertages zur Steigerung der Legitimität der EU bei den BürgerInnen.

Schritt 2

Die jeweiligen (länderüberschreitenden) Regionen treffen sich auf europäischer Ebene, um sich über ihre Erfahrungen auszutauschen und evtl. Verfahren wie „best practices“ oder „lessons learned“ zu entwickeln.

- Entweder in bereits existierenden Institutionen/Organen (z. B. Ausschuss der Regionen der EU) oder durch die Schaffung einer neuen Institution, welche auch über die EU hinaus gehen könnte. Ein regionaler Bürgerentscheid, welcher mit dem Konsens der Bundesregierung nicht übereinstimmt, sollte in einem öffentlichen Diskurs debattiert werden, um alternative konsensfähigere Lösungen zu entwickeln. Dazu wird zukünftig eine hybride Form der Demokratie (direkt und repräsentativ) benötigt. Städtenetzwerke oder Stadt-und-Umland-Kooperationen innerhalb Deutschlands haben sich ebenso bewährt und sollten gestärkt werden, da dort ein hohes Potential verortet



Regionale grenzüberschreitende Ebene

Europäische Ebene

- Länderüberschreitende Zusammenarbeit, d. h. Problemdefinition, Entwicklung von Lösungsvorschlägen, gemeinsame Entscheidungsfindung (z. B. transnationale Bürgerentscheide).

- Austausch von „best practice“ und Bearbeitung von Herausforderungen für mehrere/alle Regionen



ist. Beispielgebend ist die Stadt-Umland-Kooperation der Metropolregion Nürnberg. Dabei ist auf die Proportionalität der Stimmen zu achten: Metropole und Umland sollen gleichberechtigtes Stimmrecht haben. Regionale Förderprogramme wie z. B. INTERREG können dazu angepasst und erweitert werden.

EU-BOTSCHAFTER

Viele Menschen in Europa fragen sich: Was ist die EU? Warum gibt es sie? Und was bringt mir das? EU-Botschafter geben der EU ein Gesicht und bringen sie in persönlichen Begegnungen den Menschen in ihrer Region näher – auf Augenhöhe!

EU-Botschafter sind Menschen mit EU-Erfahrung, die diese als Multiplikatoren weitergeben. Die Erfahrungen können aus einem Schüleraustausch, einem Erasmus Semester oder auch aus dem Austausch mit einer europäischen Partnerstadt stammen. In persönlichen Begegnungen helfen EU-Botschafter Menschen in ihrer Region die EU besser zu verstehen. Dazu werden zielgruppenspezifische Veranstaltungen, wie Infoabende in Schulen, ein Pub-Quiz zur EU für Studierende oder europäische Konzerte organisiert.

Die Koordination der EU-Botschafter übernimmt eine Nichtregierungsorganisation (NRO) mit potenzieller Unterstützung von Stiftungen und dem Auswärtigen Amt. Das Projekt verfolgt einen Peer-to-Peer Ansatz, bietet aber zugleich umfangreiche Unterstützung für die EU-Botschafter. Diese wird von der NRO in Form von Informationsmaterialien, Vernetzungstreffen und Kontakt zu EU Experten angeboten. Das existierende Netzwerk von Europe Direct Zentren bieten eine Möglichkeit, diese "Rundum-Sorglos Pakete" allen EU-Botschaftern vor Ort zugänglich zu machen. Mit entspre-

chender Förderung des Projekts könnten auch Schulungen der EU-Botschafter angeboten werden, damit diese nach ihrer ersten Veranstaltung nachhaltig aktiv bleiben können. Außerdem sollen Buttons mit Logo und Zertifikate die Sichtbarkeit des Projekts sicherstellen und die Anerkennung der Botschafter unterstützen.

Als Pilotprojekt für die EU-Botschafter dient eine Initiative der Trainees der Europäischen Kommission: EU Trainee Ambassadors. Die Idee dazu ist in Brüssel am gleichen Tag entstanden, wie die Idee der EU-Botschafter beim Open Situation Room (OSR) in Leipzig. Im Juni 2017 findet eine Auswertung der ersten Aktivitäten statt, die die Trainees für ihre junge Zielgruppe von Schülern und Studenten umgesetzt haben. Dieses Pilotprojekt ist ein wichtiger erster Schritt zur Realisierung der EU-Botschafter, die neben jungen Menschen auch weitere Zielgruppen ansprechen sollen. EU-Botschafter werden zunächst in Deutschland tätig sein, das Netzwerk lässt sich aber auch europaweit ausbauen.



Damit möglichst viele Menschen EU-Botschafter werden, sollen zunächst Alumni von EU Programmen angesprochen werden, die bereits institutionalisiert sind. Dies umfasst zum Beispiel Erasmus Studenten und Teilnehmende des Europäischen Freiwilligendienstes. Bestehende Projekte für einzelne Programme (z. B. Euro-Peers) werden berücksichtigt und es werden Kooperationen angestrebt. Zusätzlich können auch Menschen mit informelleren EU-Erfahrungen, beispielsweise Austauschschüler oder Teilnehmende an Städtepartnerschaften, als potenzielle EU-Botschafter angesprochen werden.

So gehen EU-Erfahrungen nach einem Erasmus-Semester oder einem Praktikum bei der EU nicht verloren. Veranstaltungen von EU-Botschaftern regen ihre Mitmenschen dazu an, Europa zu entdecken und zu verstehen, was die EU ist, warum es sie gibt und was jeder Europäer davon hat. EU-Botschafter ermöglichen Begegnungen mit der EU auf Augenhöhe!

NEW EUROPEAN TIMES

Während der Open Situation Room Europa Spezial Abschlussveranstaltung fand sich spontan eine neue Gruppe, die als Ausgangspunkt das Thema Migration und Europa wählte. Hier bestand die Herausforderung darin, in der knappen Zeit ein komplett neues innovatives Konzept zu erschließen und umfassend zu erarbeiten. Anhand des zuvor überlegten Themenschwerpunktes „Migration“ wurde schnell ein Kernprobleme identifiziert, welches im Alltag oft zu Schwierigkeiten führt: Sprach- und Kommunikationshindernisse.

Zuwanderer bringen verschiedene Sprachen mit nach Europa und so bedarf es einer menschnahen Kommunikation, um das miteinander nachhaltig zu gestalten und zu vereinfachen. Der Zugang zu Medien und Informationen ist für die Integration ein Schlüsselfaktor. So entstand die Idee, mit der New European Times eine online-basierte europäische „Zeitungsplattform“ zu entwickeln. Diese sollte weniger eigenständig journalistisch tätig sein, als eher die bereits bestehenden Artikel in den verschiedenen europäischen Zeitungen übersetzen und ausgewählte Themen strukturiert zur Verfügung stellen. Auch eine spätere Ausweitung auf die Berichterstattung anderer ausgewählter Staaten wäre denkbar. Ziel ist es, eine umfassende internationale Betrachtung spezieller Themen,

losgelöst von sprachlichen Barrieren, zu ermöglichen. Dies soll helfen, Ansichten aus anderen Staaten, zum Beispiel zu innerdeutschen Nachrichten, nachlesen und so eine fundierte Meinung bilden zu können.

Um solch ein Vorhaben unabhängig von wirtschaftlichen Einflüssen zu finanzieren, wurde durch die Ideengeber eine „europäische Gebühr“ angedacht. Diese soll sich an dem jeweiligen durchschnittlichen Gehaltsniveau der europäischen Staaten richten, um allen BürgerInnen in Europa den Zugang zu ermöglichen. Nur so lässt sich verhindern, dass das Angebot allein privilegierten Bevölkerungsteilen zur Verfügung steht. Die New European Times sollte sowohl in



allen europäischen Sprachen sowie auch in ausgewählten Zuwanderersprachen abrufbar sein. Dies bietet auch Flüchtlingen die Möglichkeit, sich über aktuelle Geschehnisse zu informieren.

Die Unabhängigkeit der NET soll mit Hilfe eines Kuratoriums sichergestellt werden, wobei es gilt, jede Art der Zensur zu vermeiden. Zusätzlich wäre angedacht, Nachrichtenblöcke mit Untertiteln zu versehen und ebenfalls auf der Plattform zur Verfügung zu stellen.

Als Antwort auf die Ausgangsfrage – „Welches Europa wollen wir?“ – bietet die NET den BürgerInnen Europas den Zugang zu einer breiten Masse an Informationen und bricht vorhandene Barrieren, wie z. B. Sprachkenntnisse, auf. Ziel ist es, eine offenere und transparente Gesellschaft zu fördern.



IMPRESSUM

Herausgeber

Stiftung Mercator GmbH
Huysenallee 40
45128 Essen

Tel. +49 201 245 22-0
Fax +49 201 245 22-44
info@stiftung-mercator.de

www.stiftung-mercator.de

Geschäftsführer: Winfried Kneip, Dr. Markus Piduhn
(Kaufmännischer Geschäftsführer), Dr. Wolfgang Rohe,
Michael Schwarz

Redaktion

Annkatriin Kaiser,
Projektmanagerin Stiftung Mercator

Teresa Spancken,
Projektreferentin Stiftung Mercator

Layout

Luise von Grebe,
BOK + Gärtner

Der Open Situation Room ist ein Projekt der Stiftung
Mercator. Die Europa Spezial-Reihe wurde in Kooperation
mit dem Auswärtigen Amt durchgeführt.

STIFTUNG
MERCATOR